

# **Resolution „Grundfunk statt öffentlich-rechtlicher Propaganda - Für eine grundlegende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks“**

Der Landesband Bayern der Alternative für Deutschland fordert eine grundlegende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Bayern.

## **Ausgangslage:**

Die Meinungsfreiheit in Bayern und Deutschland ist in Gefahr.

Das liegt nicht nur an staatlich verordneter Zensur und der Kriminalisierung von regierungskritischen Meinungen, sondern auch daran, daß die vierte Gewalt im Staat, der unabhängige Journalismus, durch Marktkonzentrationen im Zeitungswesen an Vielfalt und Unabhängigkeit verloren hat. Darüber hinaus ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk, der eigentlich ein Bollwerk des freien Wortes und ein Medium sein sollte, das den offenen Diskurs innerhalb der Gesellschaft ermöglicht, zur Beute der Kartellparteien geworden. Spätestens die einseitige Berichterstattung und die Vermischung von Meinung und Bericht in der sogenannten Coronapandemie zeigten die grundlegende Reformbedürftigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Die journalistische Einseitigkeit dauert unvermindert fort – etwa in der Berichterstattung über die Ursachen des Ukrainekriegs und in der Klimaschutzdebatte. Wissenschaftliche und politische Ansichten, die nicht der vorgegebenen Richtung entsprechen, kommen nicht oder kaum mehr zu Wort.

Diese Entwicklung begreifen wir – aufgrund der einseitig manipulativen Wirkung auf die öffentliche Meinungsbildung und entsprechend auf die Wahlergebnisse – als ernste Gefahr für Freiheit und Demokratie in unserem Land.

Die Ursachen für den schlechten Zustand von Journalismus und Meinungsfreiheit sehen wir insbesondere in der Einflußnahme politischer Parteien und anderer Lobbyverbände auf die journalistische Arbeit, die sich nicht zuletzt in der Besetzung des Rundfunkrats mit Mitgliedern politischer Parteien, Kirchen und anderer Interessensgruppen sowie in der Diskriminierung der AfD und unabhängiger Experten bezüglich der Repräsentation in Diskussionssendungen widerspiegelt.

Außerdem ist es unverständlich, warum Menschen, die sich weigern, den Rundfunkbeitrag zu bezahlen, kriminalisiert werden: Immerhin offenbarten mehrere Skandale, daß die Rundfunkanstalten das Geld der Beitragszahler verschleudern, indem nicht nur überbezahlte und teilweise unnötige Produktionen finanziert, sondern auch überhöhte Gehälter und Pensionen vom einfachen Bürger und Beitragszahler geschultert werden müssen.

## **Die Alternative für Deutschland in Bayern fordert:**

Wir fordern daher zunächst die Journalisten des Bayerischen Rundfunks auf, sich wieder auf ihr Berufsethos zu besinnen, sich von der Einflußnahme ihrer Vorgesetzten zu befreien und zu einer fairen, kritischen und unabhängigen Berichterstattung im Sinne ihrer eigentlichen Auftraggeber, den Bürgern, zurückzufinden.

Dieser Schritt kann jedoch nur der Anfang für eine grundlegende Reform des Rundfunkwesens in Deutschland und Bayern sein.

Wir fordern daher eine grundlegende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, die die Struktur, das Angebot und die Finanzierung umfaßt.

Wir treten für eine drastische Verschlankung des Bayerischen Rundfunks und eine Konzentration des Angebots auf die gesellschaftlich und politisch relevante Grundversorgung ein. Der Rundfunk in Bürgerhand sollte sich auf Kultur- und Bildung sowie unabhängige Berichterstattung über internationale, nationale und regionale Politik sowie regionale Sportereignisse beschränken.

Teure Filmproduktionen und Unterhaltung können aus unserer Sicht von privaten Anbietern ohne Verlust für den Grundauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks übernommen werden.

Die überdimensionierte Struktur des Bayerischen Rundfunks möchten wir auf ein notwendiges Mindestmaß reduzieren. Der wichtigste Schritt hierzu ist der Austritt aus dem Medienstaatsvertrag und die Reduzierung der Anzahl der Programme auf je ein einziges Grundfunkprogramm für den Hörfunk und für das Fernsehen.

Diese Verschlankung ermöglicht eine drastische Reduzierung des Rundfunkbeitrags. Die inhaltliche und finanzielle Reform des Bürgerrundfunks wird dazu führen, daß die Menschen in Zukunft freiwillig bereit sein werden, die Gebühren für den unabhängigen Journalismus zu bezahlen.

Um diese Überparteilichkeit zu garantieren, schlagen wir die direkte Wahl der Rundfunkräte durch die Wähler in Bayern in Anlehnung an die Sozialwahlen vor.

### **Ein überparteiischer Rundfunk kann nur durch den gemeinsamen Bürgerwillen entstehen**

Wir fordern daher alle Fachleute und Bürger auf, sich am Aufbau einer überparteilichen Initiative zu beteiligen, deren Aufgabe die Vorbereitung eines Volksbegehrens zur Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist.

Der Rundfunk gehört in die Hände und unter wirksame Kontrolle der Bürger und muß vom Einfluß der Regierung und der Parteien befreit werden!